



HESSISCHER LANDTAG

28. 05. 2025

WVA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Finanzierung neuer Schienenverkehre in Hessen

Fehlt im hessischen Schienenverkehr das Geld, um Züge auf neuen Strecken fahren zu lassen, ohne andere Verbindungen zu streichen? Der Fahrgastverband Pro Bahn sorgt sich laut Frankfurter Rundschau (13.05.2025) um die Finanzierung des Betriebs der Regionaltangente West (RTW), und bezieht sich dabei auf einen Brief des Verkehrsministers an die Gesellschafter des RMV vom 20.11.2024. Die Verkehrsverbünde erhalten von der Landesregierung gerade mal genug Geld, um den Status quo zu erhalten. Das nährt die Befürchtung, dass sich neue Verkehre nur durch einen Abbau und die Umorganisation von Bestandsverkehren realisieren lassen. So sagte Prof. Ringat vom RMV zum Abschluss der aktuellen Finanzierungsvereinbarung: „Mit der nun unterzeichneten Finanzierungsvereinbarung mit dem Land haben wir für den ÖPNV in Hessen einen Plan für die kommenden drei Jahre. So können wir unseren Fahrgästen für das Jahr 2025 zumindest den Status quo garantieren und das aktuelle Fahrtenangebot erhalten.“ Die Pendlerinnen und Pendler in Hessen stellen sich deshalb zurecht die Frage, ob die Zugverbindungen, mit denen sie täglich fahren, auch über 2025 hinaus verfügbar sind, oder ob diese Fahrten eingestellt werden müssen, damit auf neuen Strecken überhaupt etwas fahren kann.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum (WVA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Zu welchem Zeitpunkt soll die (Teil-) Inbetriebnahme der Regionaltangente West nach aktuellem Stand erfolgen?
2. Wird die Stadt Langen an die RTW angeschlossen?
3. Sind die prognostizierten Baukosten vollständig durchfinanziert?
4. Wie teilen sich die Baukosten auf die einzelnen Gesellschafter auf?
5. Wie teilen sich die Zuschüsse des Landes zur RTW in originäre Landes- und unterschiedliche Bundesmittel auf?
6. Geht das Ministerium davon aus, dass das in der aktuellen Finanzierungsvereinbarung vorgesehene Geld für Verkehre auf der RTW ausreicht, ohne im Bestandsangebot kürzen zu müssen?
7. Mit welchen Mitteln sollen die zusätzlichen Verkehre der RTW ab 2026 finanziert werden, wenn die aktuelle Finanzierungsvereinbarung nur für das Bestandsangebot ausreicht, wie die Verbünde angemerkt haben?
8. Wird es Nachverhandlungen zur bestehenden Finanzierungsvereinbarung geben, um auf neuen Strecken, wie der S6 oder der RTW, zusätzliche Verkehre fahren zu lassen, ohne Bestandsverkehre zu kürzen und umzuorganisieren?
9. Laut Koalitionsvertrag genießt das Ausbauprogramm „Rhein-Main-Plus“ „höchste Priorität in der Umsetzung“ – ist nach Auslegung des Ministers damit nur der Bau, oder auch die Finanzierung des Angebots auf neuen Strecken gemeint?
10. Steht die Landesregierung zu der Einschätzung, dass die Finanzierung des Bestandsangebotes und zusätzlicher Leistungen im SPNV in der Verkehrspolitik des Landes Hessen an erster Stelle stehen, wie im Koalitionsvertrag festgehalten?
11. Laut Koalitionsvertrag ist für die in den kommenden Jahren neu in Betrieb gehenden Infrastrukturen „die Finanzierung der damit einhergehenden Angebotsausweitung (...) zu

sichern“. Wie wird diese Ankündigung in Bezug auf den ÖPNV in Hessen, und ganz besonders in Bezug auf die RTW, umgesetzt?

12. Welche regelmäßigen Treffen zwischen dem Minister und den Spitzen der Verkehrsverbände und wichtiger Schienenverkehrsunternehmen gibt es, und in welchem Rahmen finden sie statt?
13. Kam es während der Vakanz des Staatssekretärs- / Staatssekretärinnenpostens zu Verzögerungen bei den Verhandlungen zur Finanzierungsvereinbarung mit den Verbänden, und hat dies dazu geführt, dass Ausschreibungen für Zusatzverkehre – beispielsweise für die S6 – nicht rechtzeitig durchgeführt werden konnten?
14. Wie ist der aktuelle Stand bei den anderen, sich im Ausbauprogramm „Rhein-Main-Plus“ befindlichen Schieneninfrastrukturprojekten? Bitte einzeln nennen.
15. Ist die Finanzierung dieser Projekte durchgehend gesichert?

Wiesbaden, 28. Mai 2025

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke